

Was die Region braucht, sind keine weiteren PR-Stunts, sondern Züge im Fernverkehr

Verkehr

Zum Artikel „Erhält die Region wieder Anschluss an den Fernverkehr?“ (Trierischer Volksfreund, 24. Juni):

Ach, wie schön! Schon wieder ein Artikel, der Hoffnung auf einen Fernverkehrsanschluss für Trier machen soll. Ich habe schon aufgehört zu zählen, wie oft das angekündigt wurde – vermutlich häufiger als die Fertigstellung des Berliner Flughafens, der immerhin fertig ist. Es ist schon bemerkenswert, wie oft mit markigen Worten, Studien, Absichtserklärungen und Ministerlächeln suggeriert wird, dass sich „bald etwas tut“. Und dann – passiert: nichts. Keine Züge, keine Anbindung, keine Veränderung. Dafür aber jede Menge Papier, Pressemitteilungen und warme Worte. Man könnte fast meinen, Trier liegt in einem verkehrspolitischen Schwarzwald, umgeben von Bahn-Nebel und ICE-freien Zonen. Vielleicht hilft ja ein Förderprogramm für „historisch abgehängte Städte“? Was die Region braucht, sind keine weiteren PR-Stunts, sondern Züge im Fernverkehr. Punkt.

Jörg Paul,
Kanzern

Produktion dieser Seite:
Ulrike Löhnertz

Wer hat denn da gepinselt? Der geschwärzte Maskenbericht

Nanu, wer hat denn da in den Farbeimer gelangt? Nach einigem Hin und Her sowie massivem medialen und politischen Druck auf Gesundheitsministerin Nina Warke (CDU) kann der Untersuchungsbericht zur umstrittenen Maskenbeschaffung unter dem damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) eingesehen werden. Allerdings mit geschwärzten Passagen. Und nur vom Haushaltsausschuss des Bundestages und nicht – wie von der Opposition gefordert – von der Öffentlichkeit. Immerhin: Wo geschwärzt wurde, können inzwischen auch alle sehen, die es interessiert: Das brisante Dokument wurde an die Medien „durchgesteckt“. In den bisher bekannt gewordenen Passagen hatte die Sonderermittlerin Margaretha Sudhof Ex-Minister Spahn krasse Fehlentscheidungen bescheinigt. So hatte Spahn 5,6 Milliarden Masken für 5,9 Milliarden Euro beschafft, von denen später ein großer Teil ungenutzt in der Müllverbrennungsanlage landeten. Spahn steht weiter unter Druck.

KARIKATUR: ROLAND GRUNDHEBER



LGBTQ+-Menschen sind keine isolierte Gruppe, sie sind unter uns

LGBTQ+

Zu den Artikeln „Wenn der Ekel vor dem eigenen Körper nicht mehr auszuhalten ist“ (TV, 7. Juni) und „Band schockiert mit Transfeindlichkeit zur Primetime“ (TV vom 10. Juni):

Im 21. Jahrhundert, in einer Zeit, in der veraltete Dogmen längst überwunden sein sollten, finde ich es absurd, dass viele Länder, die sich als demokratisch bezeichnen, weiterhin die Freiheit und

Menschenrechte einschränken. LGBTQ+ steht nicht nur für Buchstaben – es steht für die Freiheit der Wahl, für das Recht, man selbst zu sein, für die Einzigartigkeit jedes Einzelnen. Es tut mir weh, zu sehen, wie in einigen europäischen Ländern immer noch gleichgeschlechtliche Ehen verboten sind, wie Menschen Angst haben, ihre Gefühle, ihren Stil oder ihre Individualität offen zu zeigen, aus Furcht vor Verurteilung oder Gewalt. LGBTQ+-Menschen sind keine isolierte Gruppe. Sie sind unter uns: Sie arbeiten in Banken, Krankenhäusern, bei der Feuerwehr, in der Armee. Sie sind überall, aber oft gezwungen, sich zu verstecken – wegen gesellschaftlicher Verbote, der Kirche oder veralteter Stereotypen. Diese Menschen sind verletzlich, sensibel, mit einer feinen Seele, und sie brauchen Unterstützung, keine Verurteilung.

Ich freue mich, dass es Pride-Veranstaltungen gibt – Orte, an denen jeder sein kann, wie er ist, ohne Angst vor Blicken oder Worten. LGBTQ+ ist keine Propaganda, es ist Genetik, es ist ein Leben in Freude, es ist die Freiheit, Mensch zu sein. Lasst uns eine Welt schaffen, in der jeder lieben, leben und er selbst sein kann, ohne Angst und Verbote.

Vitalii Kramarenko, Saarbrücken

Artikel vermittelt einseitiges und antiquiertes Rollenbild

Verhütung

Zum Artikel „Immer weniger Frauen nehmen die Pille“ (Trierischer Volksfreund vom 1. Juni):

Auch wenn wir als „alte weiße Männer“ vielleicht nicht zur primären Zielgruppe dieses Artikels gehören, irritiert er uns doch sehr. Besonders die durch einige Zitate ausgedrückte Haltung erscheint uns nicht tolerabel. Zuallererst überrascht es, dass ein einzelner Mann als Experte für weibliche Stimmungsschwankungen und die weibliche Libido auftritt, auch wenn es sich um einen Gynäkologen mit langjähriger Erfahrung auf diesem Gebiet handelt. Ärgerlich und absolut inakzeptabel ist jedoch das einseitige und antiquierte Rollenbild, das der Artikel, gestützt auf die Zitate des Arztes, vermittelt: Dank der Pille konnten Frauen Sex haben, hält er fest, „wie“ – nicht wann – sie wollten, allerdings um den Preis, dass sie vor der Regelblutung

„miserabel drauf“ gewesen seien und unter tatsächlichem Libidoverlust gelitten hätten. Was gilt nun? Die dank der Pille sexuell entfesselte Frau oder ein von Libidoverlust gequältes Wesen? Und wer sind „die Buben“, von denen der Arzt spricht, obwohl er Frauen als Quelle anführt, die vor Frauen „erschrecken“, wenn diese die Pille absetzen? Zum Schluss des Artikels werden immerhin Paare, und damit auch Männer, angesprochen, aller-

dings in einer Weise, die wir als deplatziert und verachtend empfinden: Die „besten Eier“ stoßen Frauen in jungen Jahren ab, aber ab 35 hätten sie nur noch „Gurken“ im Eierstock. „Vielleicht“ werde zu viel über Verhütung statt Fruchtbarkeit gesprochen. Was heißt das nun, abgesehen von der unhaltbaren Formulierung? Wer redet zu viel über Verhütung? Sollen Frauen auf anspruchsvolle Ausbildungen und anschließende Berufspraxis verzichten, um nicht zu alt für die Zeugung zu werden? Sollen sie während der Ausbildung auch noch Kinder und Familie meistern? Sollen Frauen nach 35 keine Schwangerschaft mehr anstreben? Und: Was ist von den gezeugten „Gurkenkindern“ zu halten?

Adrian Welte,
Olten/Schweiz
Dr. Sven Naumann,
Trier

Dr. Rudolf Fischer,
Trier

Mit ihrem Verhalten verletzt die katholische Kirche das christliche Gebot der Nächstenliebe

Missbrauchsskandal

Zum Artikel „Warum ein Trierer Missbrauchsoffer mit einer Schmerzensgeldklage keinen Erfolg hat“ (TV vom 5. Juni):

Die katholische Kirche hat den sexuellen Missbrauch von Kindern jahrzehntelang systematisch verheimlicht, die Täter geschützt und die Opfer ignoriert. Nun beruft sich die katholische Kirche auf Verjährung, um erfolgreiche Klagen zu blockieren. Die Kirche spielt auf Zeit und weigert sich, für die Taten ihrer Priester Verantwortung zu übernehmen. Die Rechtslage ist (noch) nicht geklärt. Zahlreiche Rechtswissenschaftler gehen von einem rechtsmissbräuchlichen Verhalten der katholischen Kirche aus und sehen die Einrede der Verjährung als rechtlich unerheblich an. Die Kirche sei nämlich für die

späte Aufdeckung der Verbrechen verantwortlich. Die Oberlandesgerichte Köln und Koblenz sind hingegen der Ansicht, dass nach 30 Jahren „Schluss sein muss“ und die katholische Kirche für länger zurückliegende Taten ihrer Priester rechtlich nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden kann. Die endgültige Entscheidung hierzu wird der Bundesgerichtshof beziehungsweise auch

das Bundesverfassungsgericht treffen. Der Auftrag, den Jesus seiner Kirche gegeben hat, ist klar: den Schwachen helfen und Ungerechtigkeiten entgegentreten. erinnert sei nur an das Gleichnis vom barmherzigen Samariter und an die aufrüttelnde Bergpredigt. Mit ihrem Verhalten verletzt die katholische Kirche das christliche Gebot der Nächstenliebe, indem

sie die Verantwortung für die unvorstellbaren Verbrechen ihrer Priester an Kindern und Jugendlichen leugnet. Ihr Verhalten ist von merkantilem Egoismus motiviert, der in krassem Widerspruch zu den Werten steht, die Christus gelehrt hat, nämlich Liebe, Gerechtigkeit und Versöhnung.

Günter Kerpen, Bongard

BUND sollte Klage zurückziehen

A1-Lückenschluss

Zum Beitrag „Lückenschluss A1-Bundesverkehrsminister kritisiert Umweltschützer“ (TV, 18. Juni):

Wieder einmal sieht es so aus, als ob auch in diesem Jahr noch immer keine Entscheidung in dieser Endlosschleife fallen wird. Man kann kaum glauben, dass eine winzige Lücke in einer der längsten Autobahnverbindungen quer durch Deutschland an juristischen Spitzfindigkeiten scheitern soll. Die Einlassungen der BUND-Landesvorsitzenden sind Allgemeinplätze und zum Teil abwegig. Natürlich werden Flächen versiegelt. Aber ein Lückenschluss wie dieser

erzeugt eben nicht mehr Autoverkehr. Er nimmt im Gegenteil einen für die Betroffenen unerträglichen LKW-Verkehr aus den Ortschaften der Umgehungsstrecken heraus. Dabei werden Betriebe von vermeidbaren Kosten und unnötigen Umwegen entlastet, und vor allem wird die Lebensqualität der Bürger ganz erheblich gesteigert. Dass man beim BUND nicht in der Lage ist, hier nach vernünftigen Prioritäten zu handeln, ist ein Armutszeugnis. Währenddessen nimmt man ein Vernichten riesiger Waldflächen für fragwürdige Projekte der Windenergie ungerührt in Kauf.

Das Festhalten an dieser Klage erscheint vielen Beobachtern als ideologische Rechthaberei und als Missbrauch des Verbandsklagerechts. Nicht von ungefähr gibt es in Berlin bereits Überlegungen, diese Möglichkeiten einzuschränken. Die Leidtragenden sind dann zahllose Bürgerinitiativen und kleine Umweltvereinigungen. Nachdem alle klagenden Gemeinden ihre Rechtsmittel zurückgezogen haben, sollte auch der BUND über einen solchen Schritt nachdenken.

Zweifel an der Umsetzbarkeit des Bürokratie-Abbaus

Bürokratie

Zum Artikel „Kleiner Eisautomat muss weg: Was sind die Gründe?“ (TV, 20. und 27. Juni):

Als täglicher Leser der Zeitung kommen mir inzwischen Zweifel an der Umsetzbarkeit des vielfach beschworenen Bürokratie-Abbaus. Solange wir weiterhin mehr Personal in den Verwaltungen einstellen, anstatt Personal abzubauen, das anderweitig sinnvoller eingesetzt werden könnte, wird der Bürokratie-Abbau nicht gelingen. Scheinbar macht sich in den Behörden auch niemand Gedanken über die Sinnhaftigkeit bestehender Richtlinien, Verord-

nungen beziehungsweise Gesetze. Leider sind wir in Deutschland so weit, dass es kaum noch Widerstand aus der Bevölkerung gegen solchen Unsinn gibt und vieles einfach so hingenommen wird. Dass derartige Forderungen auch noch von kommunalen Behörden erlassen werden, ist beschämend und zeigt, dass es in den Behörden zu viel Personal gibt. Bürokratieabbau gelingt nur, wenn Personal in den Behörden abgebaut wird. Wer daran glaubt, glaubt wohl auch noch an den Weihnachtsmann. Es frustriert mich zwar täglich, wenn ich morgens meine Zeitung

Retten statt totmähen!

Kitzrettung

Zu: „Wie Tierfreunde aus der Region Jungwild vor dem sicheren Tod retten“ (TV, 17. Juni):

Kitzrettung ist Teamarbeit – nicht nur in der eigenen Gruppe, mit Jägern, Landwirten, Tierschützern. Die Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten ist wichtig. Ein Kitz ist im hohen Gras leider nicht zu erkennen und verfügt noch über keinen Fluchtinстинк. So werden allein in Deutschland mindestens 100.000 Rehkitze qualvoll verstümmelt und auch getötet, wobei auch die Ricke (als Mutter) sehr leidet. Inzwischen sind Wärmebildrohre und Helfer für die Landwirte ehrenamtlich unterwegs, wodurch jedes Jahr Tausende Kitze und andere Tiere gerettet werden können. Es ist schön und auch wichtig, dass Kinder Werte vermittelt bekommen, wobei sie wissen, erkennen können, dass Tiere, die in Not sind, auf unsere Hilfe und Fürsorge angewiesen sind. So interessieren sich auch Kinder, mit Liebe, für die Rettung der Kitze und helfen gerne dabei. Vielen Dank allen Rettern, Helfern, die mit hohem Einsatz hierbei die Landwirte ehrenamtlich unterstützen. Es ist so schön, als Tierschützer/Tierfreunde, wenn wir Tiere retten konnten. Dieses ganz besondere Gefühl der Freude und des Glückes ist einfach nicht zu beschreiben.

Brigitte Wedler, Gusterath

HINWEIS

Liebe Leserin, lieber Leser! Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften. Bitte beachten Sie Folgendes, wenn Sie uns schreiben:
Textlänge: Ihr Leserbrief sollte maximal 2400 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein.
Bezug: Bitte geben Sie den Artikel, Kommentar, das Interview oder die Meldung im Trierischen Volksfreund oder auf www.volksfreund.de an, auf die Sie sich in Ihrer Zuschrift beziehen.
Angaben zu Ihrer Person: Bitte geben Sie Ihren vollständigen Namen und Ihren Wohnort an. Als Einsender/in erklären sich damit einverstanden, dass ihr Name und Wohnort in der Zeitung veröffentlicht werden. Zusätzlich geben Sie bitte Ihre Adresse und Telefonnummer an. Beide Angaben dienen ausschließlich der Redaktion, falls es Rückfragen geben sollte.
Redaktionelle Bearbeitung von Leserbriefen: Wir behalten uns vor, sinnwährend zu kürzen. Aus Platzgründen können wir nicht alle Leserbriefe veröffentlichen. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften ist es unerheblich, ob sie die Meinung der Redaktion spiegeln. Wir bitten um Ihr Verständnis, dass wir keine handschriftlich eingereichten Leserbriefe oder solche mit fehlenden Angaben zur Person berücksichtigen können.
Kontakt: per E-Mail an: leserbriefe@volksfreund.de

WWW

Aktuelle Nachrichten finden Sie im Internet unter volksfreund.de